

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung und
Wirtschaft
z.Hd. Mag. Michael Bogner

Per Mail:
POST.17@bmwfw.gv.at

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Bankwesengesetz geändert werden

Stellungnahme des Datenschutzrates

Der **Datenschutzrat** hat in seiner **222. Sitzung am 3. Oktober 2014 einstimmig** beschlossen, zu der im Betreff genannten Thematik folgende Stellungnahme abzugeben:

1.) Allgemeines:

Das gegenwärtig bestehende System des Gewerberegisters basiert auf den von den Bezirksverwaltungsbehörden zu führenden Verzeichnissen (Gewerberegistern), die als **dezentrale Gewerberegister** die Grundlage für das vom Bund zu führende **Zentrale Gewerberegister** bilden.

Das **Zentrale Gewerberegister** bietet eine Zusammenschau der Daten, die in den dezentralen Gewerberegistern zusammengetragen werden. Dieses mit der Gewerberechtsnovelle 1996 eingerichtete Gewerberegistersystem soll grundlegend **reformiert** werden.

Mit dem neuen **Gewerbeinformationssystem Austria (GISA)** wird ein Paradigmenwechsel vollzogen: Das derzeitige Nebeneinander von Bundes-, Länder- und Städte-Gewerberegistern wird durch eine **bundesweite Lösung** ersetzt. Dadurch werden Doppel- und Mehrfachgleisigkeiten beseitigt sowie einschlägige Prozesse vereinheitlicht und gestrafft.

GISA soll außerdem als **bundesweite Transaktionsplattform** die Möglichkeit bieten, bundesweit einheitlich eine **Gewerbebeanmeldung im elektronischen Weg** durchzuführen. Die elektronische Anmeldemöglichkeit ist unternehmerfreundlich und hilft (Zeit-)Kosten zu sparen. Die Akzeptanz und die Nutzung der elektronischen Anmeldung soll damit absehbar erheblich gesteigert werden.

Die Errichtung und der Betrieb des GISA erfolgt in **Kooperation mit den Bundesländern und Statutarstädten**. Die Inbetriebnahme des GISA soll **Ende des ersten Quartals 2015** erfolgen.

2.) Datenschutzrechtlich relevante Bestimmungen:

I. Artikel 1 (Änderung der Gewerbeordnung 1994)

Zu Z 9 (§ 137c Abs. 5):

§ 137c Abs. 5 sieht im letzten Satz eine „**Unterrichtung**“ von zuständigen **ausländischen Behörden** von der Streichung vor. Diesbezüglich sollte – zumindest in den Erläuterungen – klargestellt werden, dass keine Übermittlungen an Drittstaaten vorgenommen werden und präzisiert werden, welche Datenarten in diesem Zusammenhang übermittelt werden.

Zu Z 12 (§ 365):

Nach § 365 hat der **Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** das **Gewerbeinformationssystem Austria (GISA)** und auf dessen Basis das **Versicherungsvermittlerregister** einzurichten und automationsunterstützt zu führen. Die Behörden haben Daten über natürliche Personen und andere Rechtsträger als natürliche Personen und die Änderung dieser Daten nach Maßgabe der §§ 365a und 365b in das GISA einzutragen.

Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Datenverwendungen im GISA sollte klargestellt werden, dass es sich bei GISA um ein **Informationsverbundsystem**

gemäß § 4 Z 13 DSG 2000 handelt. Es müssten entsprechende Regelungen hinsichtlich der Festlegung der **datenschutzrechtlichen Rollenverteilung** (Auftraggeber, Dienstleister und Betreiber) und der zu treffenden **Datensicherheitsmaßnahmen** gemäß § 14 DSG 2000 im Gesetz festgelegt werden.

Der Datenschutzrat verweist in diesem Zusammenhang auf die **Verordnungsermächtigungen** betreffend die Datenverwendung und Datensicherheit im **Meldegesetz 1991 (MeldeG)**, **Personenstandsgesetz 2013 (PStG 2013)**, **Waffengesetz 1996 (WaffG)** und **Vereinsgesetz 2002 (VerG)**. Diese Verordnungen sehen im **Detail Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen** zum Schutz personenbezogener Daten vor.

Auf die **Vorabkontrollpflicht** für Informationsverbundsysteme gemäß § 18 Abs. 2 Z 4 DSG 2000 wird hingewiesen.

Unklar ist überdies, weshalb der Begriff der „**Behörde**“ abwechselnd im Singular (zB § 365a Abs. 1 und 4) und im Plural (zB § 365, § 365a Abs. 5) verwendet wird. Dies sollte überprüft werden.

Zu Z 13 (§ 365a):

a.) Nach § 365a Abs. 1 hat die Behörde **natürliche Personen** in das **GISA** einzutragen, die in der Funktion als Gewerbeinhaber, Fortbetriebsberechtigte, Geschäftsführer oder Filialgeschäftsführer tätig sind.

Weiters sind nach § 365a Abs. 2 in das GISA einzutragen:

1. der **Familienname vor der Eheschließung**,
2. das Geschlecht,
3. das **Geburtsland** und der **Geburtsort**,
4. die Wohnanschrift,
5. die **Staatsangehörigkeit**,
6. die **Sozialversicherungsnummer** und nach Maßgabe des § 39 Abs. 4 die Dienstgeberkontonummer,

[...]

10. folgende **Daten über natürliche Personen**, bei denen ein Verfahren auf **Feststellung der individuellen Befähigung**, auf Erteilung einer Nachsicht von den Voraussetzungen für die Ausübung von Gewerben, auf Erteilung einer Anerkennung gemäß § 373c oder einer Gleichhaltung gemäß §§ 373d oder 373e geführt wurde und nicht nach Abs. 1 einzutragen sind:

- a) die in Abs. 1 Z 2 bis 5 genannten Daten,
- b) Ausgang des Verfahrens, zuständige Behörde sowie das Datum und die Geschäftszahl der Erledigung.

In Fällen, in denen das Verfahren mit **Abweisung, Zurückweisung, Untersagung der Ausübung des Gewerbes oder Zurückziehen des Antrages** geendet hat, hat die Behörde die Daten aus dem GISA **nach Ablauf eines Jahres nach der Eintragung zu löschen**.

11. **bPk** (§ 9 E-Government-Gesetz – E-GovG, BGBl. I Nr. 10/2004, in der jeweils geltenden Fassung),

12. die Kennzahl Unternehmerregister (KUR) und

13. die Global Location Number (GLN).

Hinsichtlich der Verwendung des „**Familiennamens**“ sollte allgemein geprüft werden, ob auch der „**Nachname**“ (§ 2 Abs. 1 Z 7a des Namensänderungsgesetzes – NÄG, BGBl. Nr. 195/1988) in die Aufzählung der verwendeten Datenarten in § 365a aufgenommen werden sollte.

In den Erläuterungen sollte dargelegt werden, zu welchem Zweck der „**Familiename vor der Eheschließung**“ gemäß § 365a Abs. 2 Z 1 benötigt wird. Weiters ist unklar, weshalb sowohl das „**Geburtsland**“ als auch der „**Geburtsort**“ gemäß § 365a Abs. 2 Z 3 verarbeitet wird bzw. welche Rechtsfolgen sich insbesondere an einen konkreten „**Geburtsort**“ knüpfen.

Zur Verwendung der **Sozialversicherungsnummer** nach § 365a Abs. 2 Z 6 wird angemerkt, dass eine Verwendung der Sozialversicherungsnummer außerhalb der Ingerenz der Sozialversicherung grundsätzlich vermieden werden sollte.

b.) Zu § 365a Abs. 2 Z 10 wird angemerkt, dass fraglich ist, weshalb in jenen Fällen, in denen das Verfahren mit Abweisung, Zurückweisung, Untersagung der Ausübung

des Gewerbes oder Zurückziehen des Antrages geendet hat, die Daten aus dem GISA **erst nach Ablauf eines Jahres** nach der Eintragung zu löschen sind.

c.) Zur Verwendung des **bereichsspezifischen Personenkennzeichens** wird angemerkt, dass die Abkürzung gemäß § 9 des E-Government-Gesetzes – E-GovG, BGBl. I Nr. 10/2004, „bPK“ lautet. Weiters sollte dargelegt werden, zu welchem Zweck das bPK im GISA gespeichert wird. Es wird überdies empfohlen, zu ergänzen, aus welchem **Bereich** gemäß der **E-Government-Bereichsabgrenzungsverordnung**, BGBl. II Nr. 289/2004, das bPK verwendet wird.

d.) § 365a Abs. 3 erscheint dahingehend **widersprüchlich**, dass nach dem ersten Satz **keine Verurteilungen** im GISA eingetragen werden dürfen, nach dem zweiten Satz jedoch eine **Speicherung von drei Tagen** vorgesehen ist.

Diesbezüglich übersieht der Datenschutzrat nicht, dass Behörden bereits nach der geltenden Rechtslage das Strafregister abfragen dürfen.

e.) In § 365a Abs. 4 ist unklar, wer unter den Begriff „**Partei**“ fällt.

f.) Die Behörden sind zur **Abfrage** der in **§ 365a Abs. 5 Z 1 bis 5** angeführten Daten **mittels automationsunterstützter Datenübermittlung** befugt, soweit das Erfassen der Daten **zur Vollziehung der gewerberechtlichen Vorschriften erforderlich ist**.

Davon umfasst sind

1. aus dem **Zentralen Personenstandsregister** Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und den Zeitpunkt des Todes der natürlichen Person;

2. aus dem **Zentralen Melderegister** die Wohnanschrift; die Berechtigung zur Abfrage des Zentralen Melderegisters umfasst auch Verknüpfungsabfragen im Sinne des § 16a Abs. 3 Meldegesetz 1991;

3. aus dem **Strafregister** Daten über nicht getilgte strafgerichtliche Verurteilungen, **auch wenn die verhängte Freiheitsstrafe drei Monate oder die Geldstrafe 180 Tagessätze nicht übersteigt**;

4. aus dem **Datenbestand des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger**

a) **Sozialversicherungsnummern** der im Abs. 4 genannten natürlichen Personen und Dienstgeberkontonummern von nach diesem Bundesgesetz zu bestellenden Geschäftsführern, die Arbeitnehmer sind, und

b) **Versicherungsdaten über Dienstverhältnisse**; und

5. aus dem **Finanzstrafregister** Daten über Finanzvergehen gemäß § 13 Abs. 2.

Vorweg ist zu § 365a Abs. 5 anzumerken, dass zu unbestimmt erscheint, zur Vollziehung **welcher gewerberechtlicher Vorschriften welche konkreten Daten benötigt werden**. Dies sollte in den Erläuterungen näher ausgeführt werden und insbesondere dargelegt werden, wozu die **Verknüpfungsanfragen** aus dem **Zentralen Melderegister (ZMR)** erforderlich sind und wozu Daten aus dem **Strafregister** auch dann benötigt werden, **wenn die verhängte Freiheitsstrafe drei Monate oder die Geldstrafe 180 Tagessätze nicht übersteigt**. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass aufgrund des in § 1 Abs. 2 DSG 2000 verankerten **Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes** Daten nur dann verwendet werden dürfen, wenn sie zur Erreichung des Zwecks erforderlich sind. Es sollte daher geprüft werden, **welche strafrechtlichen Delikte in diesem Regelungsbereich – etwa für die Prüfung der Verlässlichkeit – von Relevanz sind bzw. an welche Delikte tatsächlich Rechtsfolgen geknüpft werden**. Dementsprechend sollte eine Einschränkung auf diese Delikte im § 365a Abs. 5 vorgenommen werden.

Überdies sollte in den Erläuterungen näher dargelegt werden, welche Datenarten von den „**Versicherungsdaten über Dienstverhältnisse**“ gemäß § 365a Abs. 5 Z 4 lit. b umfasst sind.

Zu Z 14 (§ 365b):

Nach § 365b Abs. 1 hat die Behörde **andere Rechtsträger** als natürliche Personen in das GISA einzutragen, die ein Gewerbe in der Funktion als Gewerbeinhaber oder Fortbetriebsberechtigte ausüben.

Weiters sind nach § 365b Abs. 2 in das GISA ua. folgende **Daten über natürliche Personen, denen ein maßgebender Einfluss auf den Betrieb der Geschäfte eines im GISA einzutragenden anderen Rechtsträgers** als einer natürlichen Person zusteht, einzutragen:

a) die in § 365a Abs. 1 Z 2 bis 4 genannten Daten,

b) die in **§ 365a Abs. 2 Z 1 bis 6 und Z 11** genannten Daten,

c) das Sterbedatum.

Unklar erscheint, zu welchem konkreten Zweck die in § 365b Abs. 2 Z 3 lit. b genannten Datenarten auch von **natürlichen Personen, denen ein maßgebender Einfluss auf den Betrieb der Geschäfte** zusteht, benötigt werden. Bezüglich der Verwendung des **bPK** wird auf die Anmerkungen zu Z 13 (§ 365a Abs. 2) verwiesen.

Zu Z 16 (§ 365e Abs. 1):

Nach § 365e Abs. 1 hat die Behörde über die im **§ 365a Abs. 1** und über die im **§ 365b Abs. 1** genannten Daten **jedermann** aus dem GISA Auskunft zu erteilen.

Über die im **§ 365a Abs. 2 Z 1 bis 8** und über die im **§ 365b Abs. 2 Z 1** genannten Daten ist Auskunft zu erteilen, wenn der Auskunftswerber ein **berechtigtes Interesse an der Auskunft glaubhaft** macht.

Über die im **§ 365a Abs. 2 Z 9 bis 13** und über die im **§ 365b Abs. 2 Z 2 bis 6** genannten Daten darf **keine Auskunft** erteilt werden.

Hinsichtlich des Auskunftsrechtes nach § 365e Abs. 1 zweiter Satz erscheint fraglich, **worin ein berechtigtes Interesse eines Auskunftswerbers** an der Auskunft der Daten nach § 365a Abs. 2 Z 1 bis 8 (zB dem Geburtsland und der Geburtsort) liegen könnte. Dies sollte nochmals überprüft und in den Erläuterungen präzisiert werden.

Nachdem zudem über die im § 365a Abs. 2 Z 9 bis 13 und über die im § 365b Abs. 2 Z 2 bis 6 genannten Daten **keine Auskunft** erteilt werden darf, sollte auch näher dargelegt werden, **wozu diese Daten dann überhaupt im GISA gespeichert werden.**

Zu Z 19 (§ 365f):

a.) Gemäß § 365f Abs. 1 hat der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft der **Wirtschaftskammer Österreich** die in das GISA einzutragenden Daten zu übermitteln, **soweit dies zur Wahrnehmung der den Kammern der gewerblichen Wirtschaft gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bildet.**

Die **Übermittlung** von in das GISA einzutragenden Daten **zwischen den Behörden untereinander** ist nach § 365f Abs. 2 zulässig, soweit dies zur **Wahrnehmung der**

ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bildet.

Nach § 365f Abs. 5 sind die **Behörden**, die **Wirtschaftskammer Österreich** und die **Empfänger von gemäß Abs. 4 zu übermittelnden Daten** nach Maßgabe der technischen und personellen Möglichkeiten **zur Abfrage der in das GISA einzutragenden Daten mittels automationsunterstützter Datenübermittlung befugt**.

Ebenso sind die **Sicherheitsbehörden** zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Sicherheitsverwaltung und der Tätigkeit im Dienste der Strafrechtspflege nach Maßgabe der technischen und personellen Möglichkeiten **zur Abfrage der in das GISA einzutragenden Daten mittels automationsunterstützter Datenübermittlung ermächtigt**.

Weiters ist die **Bundesarbeitskammer** nach Maßgabe der technischen und personellen Möglichkeiten **zur Abfrage der in das GISA einzutragenden Daten mittels automationsunterstützter Datenübermittlung ermächtigt**, soweit dies zur **Wahrnehmung** der den Kammern für Arbeiter und Angestellte und **der Bundesarbeitskammer gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bildet**.

Allgemein wird angemerkt, dass hinsichtlich der in **§ 365f Abs. 1, 2 und 5** vorgesehenen Übermittlungen von Daten präzisiert werden sollte, um **welche Daten** es sich hierbei handelt, insbesondere, ob auch **Daten nach § 365a Abs. 2** umfasst sind. Weiters sollte genauer erläutert werden, für **welche gesetzlich übertragenen Aufgaben** diese Daten benötigt werden.

Weiters sollte klargestellt werden, ob die Daten **automatisch** oder **nur auf Antrag** vom **Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** an die **Wirtschaftskammer Österreich** zu übermitteln sind. Unabhängig davon hat die Wirtschaftskammer entsprechende **Sicherheitsvorkehrungen nach § 14 DSGVO** vorzusehen. Überdies sollte auch klargestellt werden, **in welchen Zeitintervallen Abfragen der Bundesarbeitskammer zulässig sind**.

Im Hinblick auf § 365f Abs. 2 („... *Übermittlung von in das GISA einzutragenden Daten zwischen den Behörden untereinander ...*“) sollte geprüft werden, ob es sich

um ein **Informationsverbundsystem** handelt. Diesbezüglich wird auf die Anmerkungen zu Z 12 (§ 365) verwiesen.

b.) Im Zusammenhang mit der **automationsunterstützte Übermittlung von Daten** nach § 365a Abs. 4 und 5 sollte präzisiert werden, **welche technische Art der Übermittlung** (zB per E-Mail, elektronischem Datenträger etc.) zulässig ist.

c.) Hinsichtlich der Abfragen der Daten im GISA sollte festgelegt werden, welche **Datensicherheitsmaßnahmen** – insbesondere hinsichtlich der **Identifikation und Authentifikation der abfragenden Personen** – vorgesehen werden müssen.

Zu Z 20 (§ 365g Abs. 1):

Nach § 365g Abs. 1 haben die **Gerichte** den **Behörden** Abfragen aus dem **Firmenbuch** mittels automationsunterstützter Datenverarbeitung zu ermöglichen. Die **zur Bearbeitung des GISA erforderlichen Daten** sind dem GISA auf automationsunterstütztem Weg zur Verfügung zu stellen.

In § 365g Abs. 1 sollte ergänzt werden, **welche Daten „zur Bearbeitung des GISA“ erforderlich sind**. Hinsichtlich der automationsunterstützten Übermittlung wird auf die Anmerkungen zu Z 19 (§ 365f) verwiesen.

II. Artikel 2 (Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes)

Zu Z 2 (§ 360 Abs. 4):

Von der **Erteilung von Berechtigungen** zur Ausübung einer der GewO 1994 unterliegenden Tätigkeit sowie vom **Erlöschen solcher Berechtigungen** hat die zuständige Behörde nach § 360 Abs. 4 den **Hauptverband** unverzüglich zu verständigen. Dies gilt auch für jene Daten, die nach § 365 GewO 1994 für eine Verarbeitung im GISA vorgesehen sind, soweit diese zur **Wahrnehmung der den Versicherungsträgern gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bilden**.

Zu § 360 Abs. 4 sollte näher erläutert werden, zur Wahrnehmung **welcher den Versicherungsträgern gesetzlich übertragenen Aufgaben** die Verarbeitung jener Daten, die nach § 365 GewO 1994 für eine Verarbeitung im GISA vorgesehen sind, **eine wesentliche Voraussetzung bilden**.

III. Artikel 3 (Änderung des Bankwesengesetzes)

Zu Z 2 (§ 21 Abs. 4 Z 3):

Es sollte zumindest in den Erläuterungen näher dargelegt werden, welche Daten von der **FMA** nach § 21 Abs. 4 Z 3 in das **GISA** einzutragen sind. Hinsichtlich der Frage, ob es sich bei GISA um ein Informationsverbundsystem handelt und wie die Rollenverteilung ausgestaltet ist, wird auf die Anmerkungen zu Artikel 1 Z 12 (§ 365 GewO 1994) verwiesen.

Zu Z 3 (§ 107):

Nach § 107 hat die **FMA** das **dezentrale Gewerberegister** für die Tätigkeit von Kreditinstituten als Versicherungsvermittler nach dem Ablauf von **zwei Monaten nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes aufzulassen**.

Im Zusammenhang mit dem „**Auflassen**“ des dezentralen Gewerberegisters sollte klargestellt werden, **dass die darin enthaltenen Daten zu löschen sind**.

Der Datenschutzrat regt zudem im Zusammenhang mit der Einrichtung des GISA an, zumindest in den Erläuterungen klarzustellen, dass die Daten der dezentralen Gewerberegister vernichtet werden müssen und wie mit den alten Karteidaten zu verfahren ist.

9. Oktober 2014
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
MAIER

Elektronisch gefertigt